

Studie sieht Erneuerbare unter Druck, falls neue Atomkraftwerke zugelassen werden

Die Energiestiftung warnt vor einem Richtungswechsel – die Debatte schwäche die Akzeptanz von Sonnen-, Wind- und Wasserkraft

DAVID VONPLON

Langfristig genügend Strom zu einem vernünftigen Preis – dazu braucht es laut Bundesrat Albert Rösti die Kernkraft. «Ohne sie geht es nicht», sagte er kürzlich der «NZZ am Sonntag». Seine Hoffnung setzt der Energieminister in moderne Reaktoren im Kleinformat – sogenannte «Small Modular Reactor»: Diese dürften laut Rösti bereits in den nächsten fünf Jahren weltweit praxisfähig werden. Dann sei die Kernkraft eine realistische Möglichkeit.

Doch wie würde sich eine Aufhebung des AKW-Neubauverbots auf den Ausbau der erneuerbaren Energien auswirken? Der Bundesrat verzichtet darauf, diese Frage in der Botschaft zur entsprechenden Gesetzesänderung zu beantworten. Da diese keinen direkten Neubau zur Folge haben werde, bestehe auch kein Grund, die finanziellen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen zu analysieren.

Verteilungskämpfe drohen

Gemäss der atomkritischen Schweizerischen Energiestiftung greift diese Argumentation zu kurz. Für sie hat der «tiefgreifende Richtungswechsel» gegenüber der bisherigen Energiestrategie unmittelbare Folgen: In einer neuen Studie



Christian
Wasserfallen
FDP-Nationalrat

warnet sie vor starken Verzögerungen beim Ausbau der Erneuerbaren. Selbst wenn auf die Aufhebung des Verbots kein konkretes AKW-Projekt folgt, rechnen die Autoren damit, dass die Ausbauziele für Wasser-, Solar- und Windenergie bis 2035 um 2 bis 3,3 Terawattstunden verfehlt werden.

Sie werfen dem Bundesrat vor, widersprüchliche Signale auszusenden: Einerseits relativiere er die bisherige Strategie mit vollem Fokus auf den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien.



Kernkraftwerke wie hier in Leibstadt sollen in der Schweiz bald wieder gebaut werden dürfen.

ANDREAS HAAS / IMAGO

Andererseits bleibe die Option für neue Kernkraftwerke fragmentarisch, nicht zuletzt, weil in diesem Szenario ein Finanzierungskonzept fehle.

Investoren sähen dadurch die langfristige Rentabilität von Anlagen für erneuerbare Energien infrage gestellt. Das treibe die Finanzierungskosten in die Höhe und bremse dringend benötigte Investitionen in die Erneuerbaren. Laut der Studie gilt das auch für die Wasserkraft. Sie verweist auf das Beispiel Finnland. Seit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Olkiluoto 3 im Jahr 2022 hat das Land europaweit die meisten Stunden mit negativen Strompreisen. Dabei zeige sich, dass der neue, unflexible Atomstrom zu Marktverdrängungen führe – was nicht zuletzt zulasten der Wasserkraft gehe. Die Energiestiftung folgert daraus, dass sich die Öffnung für neue AKW abschreckend auf Investitionen in neue oder erweiterte Wasserkraftanlagen auswirken würde.

Hinzu kommt, dass die Zustimmung für Wind- oder Solaranlagen auf lokaler Ebene geschwächt würde: Warum eine Windturbine oder eine Photovoltaikanlage gutheißen, wenn die Aussicht besteht, dass langfristig zentral neue Kernkraftwerke den Strom produzieren? Bei konkreten Neubauprojekten drohten Verteilungskämpfe um finanzielle Mittel, mahnt die Energiestiftung.

Probleme entstehen laut der Studie auch bei der Netzplanung. Um Strom aus Solaranlagen einzuspeisen, die über den Eigenverbrauch hinaus produzieren, müssen die lokalen Netze ausgebaut werden. Erwarteten die Netzbetreiber jedoch eine Rückkehr von Grosskraftwerken, würden die Investitionen in eine dezentrale Netzstruktur infrage gestellt. Die Aufhebung des Neubaiverbots könnte daher dazu führen, dass Solaranlagen redimensioniert werden und Dachflächen ungenutzt bleiben.

Die Kosten für ein neues AKW schätzen die Studienautoren auf 25 Milliarden Franken, ähnlich wie bei der Anlage Flamanville 3 in Frankreich. Sie gehen nicht davon aus, dass für ein solches Grossprojekt private oder ausländische Investoren eingebunden werden könnten. Daher müssten Bund und Kantone die Finanzierung übernehmen.

Kernkraft für den Winter

Der Bund könnte seinen Anteil über den Netzzuschlag finanzieren, der jährlich 1,3 Milliarden Franken einbringt. Angenommen, er trüge die Hälfte der Kosten, wären zwei Drittel dieser Einnahmen nötig, um 12,5 Milliarden Franken über 15 Jahre zu finanzieren. Zugleich könnte eine zusätzliche Abgabe – ein «Atomrappen» – erhoben werden, was pro Haushalt zu jährlichen Mehrkosten von 40 Franken führen würde. Auch diese Schritte würden laut der Studie den Aus-

bau der erneuerbaren Energien unmittelbar tangieren, da diese direkt mit deren Förderung konkurrierten.

Atomfreundliche Politiker kritisieren die Studie. «Die Ängste sind völlig unbegründet», sagt der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen. «Die Energiestiftung spielt aus Ideologie die beiden Technologien gegeneinander aus.» Die Schweiz habe im Winter zu wenig Strom – und mit der Photovoltaik allein könne dieses Problem nicht gelöst werden.

Wasserfallen hält es für abwegig, dass Wasserkraft an Attraktivität verliert. Sie werde gebraucht, um Schwankungen bei der Photovoltaik auszugleichen. Die Probleme beim Ausbau der Wasserkraft lägen nicht an der Aufhebung des AKW-Verbots. «Weil Wind und Sonne nicht zuverlässig Strom liefern, brauchen wir die Schwungmasse der Kernkraftwerke.»

Jürg Grossen, Chef der Grünlberalen und Präsident des Verbandes Swissolar, sieht die Befürchtungen der Studie bereits heute teilweise bestätigt. «Die Leute sind verunsichert, seit der Bundesrat die Kernkraft wieder ins

Die Kosten für ein neues Atomkraftwerk schätzen die Studienautoren auf 25 Milliarden Franken.

Spiel brachte.» Das sehe man auch an den Zahlen. Im laufenden Jahr sei der Ausbau der Solarenergie erstmals seit Jahren leicht rückläufig. Die vorgeschlagene Aufhebung des AKW-Neubaiverbots sei einer der Gründe dafür.

Grossen befürchtet, dass Förderung und Rentabilität erneuerbarer Energien inklusive der Wasserkraft geschwächt werden. Es drohe ein Verteilungskampf. Die Fördereffizienz spreche allerdings klar für die Photovoltaik: Bei Solaranlagen liege die Förderquote bei 15 bis 20 Prozent der Investitionskosten. «Mit einem solchen Anteil könnte wohl nie ein Kernkraftwerk gebaut werden.»